

## **V7 Solidarität mit Fridays for Future!**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 16.03.2019  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

1961 Seit Monaten streiken in Deutschland sowie in vielen weiteren Ländern jede Woche  
1962 Schüler\*innen sowie Studierende für einen verantwortungsvollen Umgang mit der  
1963 Klimakrise. Initiiert wurden die Streiks von der schwedischen  
1964 Klimagerechtigkeitsaktivistin Greta Thunberg. Ihren Höhepunkt fand die  
1965 Mobilisierung am 15.03.2019 beim globalen Klimastreik an über 2000 Orten in über  
1966 100 Ländern. Allein in Deutschland beteiligten sich 300000 Menschen an den  
1967 Streiks.

1968 Die Reaktion der NRW-Landesregierung auf die Streiks fand bislang jedoch nicht  
1969 durch eine Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Forderungen der Streikenden  
1970 statt. Vielmehr verurteilt sie das Fernbleiben aus dem Unterricht und macht sich  
1971 Gedanken, wie sie durch Sanktionen und Einschüchterungen die Klimastreiks  
1972 unterbinden kann.

1973 Die Dienstanordnung von Kultusministerin Yvonne Gebauer, nach der bei  
1974 wiederholtem unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht, Sanktionen gegen  
1975 Schüler\*innen angewendet werden sollen und nach Streiks nicht als  
1976 außerschulische Veranstaltung genehmigt werden können, verurteilen wir als  
1977 grundlegend falsch.

1978 Diese Repressionen zeigen die Hilflosigkeit der Landesregierung gegenüber den  
1979 Streikenden und die nicht vorhandenen Antworten von schwarz-gelb auf die das  
1980 drängendste Problem unserer Zeit, die Gefahr eines Klimakollaps.

1981 Bis vor kurzem bemängelten Politik, Medien und Gesellschaft das vermeintliche  
1982 Desinteresse der "Jugend von heute" am politischen Geschehen. Diesem Vorurteil  
1983 ruft die hochpolitische Bewegung "*Fridays for Future*" unsere Forderungen  
1984 entgegen. Scheinbar jedoch zur falschen Zeit und dann auch noch zu Problemen,  
1985 die eigentlich "für Profis" sind, wenn man Christian Lindner glauben schenkt.

1986 Die Argumentation der Landesregierung, dass Engagement für den Klimaschutz in  
1987 der Freizeit ja sehr begrüßenswert sei, ist komplett scheinheilig. Über  
1988 Jahrzehnte wurden Freizeitproteste für den Klimaschutz von der Politik

1989 weitgehend ignoriert. Das Fernbleiben vom Unterricht verschafft dem Protest nun  
1990 erst die Aufmerksamkeit, die er schon immer verdient hat und ist im Angesicht  
1991 des Handlungsdrucks zur Abwendung der Klimakrise legitim.

1992 Die aktuelle Politik der Bundes- und Landesregierung ist eine des Stillstandes.  
1993 Der angedachte Kohleausstieg 2038 sowie die absolute Planlosigkeit bei der  
1994 Verkehrswendestehen in keiner Relation zu dem, was wir machen müssen, um die  
1995 Pariser Klimaziele einzuhalten und unseren Teil dazu beizutragen. Das 1,5 Grad  
1996 Ziel darf nicht verfehlt werden, die Folgen wären fatal.

1997 Auch das "Ergebnis" der Kohlekommission kann kein Konsens sein, immerhin fehlte  
1998 eine ganze Generation sowie schon heute von der Klimakrise betroffene Menschen  
1999 im globalen Süden am Tisch!

2000 Genau deshalb nehmen wir gemeinsam mit den Streikenden von Fridays for Future  
2001 unsere Zukunft selbst in die Hand. Anstelle von Repressionen erwarten wir von  
2002 der Landesregierung, inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der  
2003 Jugendlichen auf den Straßen und damit eine klimapolitische Kehrtwende und ein  
2004 Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen.

2005 Wir Jugendlichen sind die Profis für unsere Zukunft.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.